

Krisenstimmung auch in der EU

Flo Schwerdtfeger

„Whatever the weather, we must move together!“ titelte ein Propagandaplakat für den Marshall-Plan in den 50ern. Darauf zu sehen war eine Windmühle, deren Blätter die einzelnen Länder Europas waren. Symbolisiert werden sollte Einigkeit und ein gemeinsames Handeln als europäischer Kontinent. Wenn es sie überhaupt einmal gab, so sind diese Zeiten der Einigkeit aber lange wieder vorbei. Nicht erst seitdem sich Großbritannien aus der EU verabschiedet hat. Die Uneinigkeit findet sich wieder in der Frage, welcher Staat wieviele oder überhaupt Flüchtende über die Grenze lassen müsse. Sie findet sich in der Umweltpolitik wieder, wo an der einen Stelle Kernkraft aufgegeben, an der anderen aber erst aufgebaut wird. Sie findet sich aber auch da wieder, wo die Staaten Mittel- und Westeuropas, wie Deutschland, Frankreich und das UK, nach der Wirtschaftskrise 2008/09 die Mittelmeerstaaten ausbluten ließen, um ihre Schulden zu tilgen. Besonders jetzt durch die Pandemie werden die Effekte weiter verstärkt und spitzen sich zu. In diesem Artikel wollen wir ein wenig versuchen, die Fronten innerhalb der EU nachzuzeichnen.

Dieses mal mit den Rechten

Seit Jahren lässt sich der stetige Aufstieg der Rechtspopulist_Innen beobachten, in einigen Ländern wie Ungarn oder Italien sind sie sogar an der Regierung. Als Folge des Versagens der Linken eine Antwort auf die sozialen Angriffe nach der Krise 2007/08 zu bieten, erstarkten in vielen Ländern wieder konservative und nationalistische Ideen und Parteien. Seit der Fluchtbewegung 2015 wurde die Festung Europa wieder stärker ausgebaut und der Kontinent abgeschottet gegenüber Menschen, die vor Krieg und

Ausbeutung flüchten. Die Menschen, die es dann doch nach Europa schaffen, werden zwischen den Ländern hin- und hergeschoben, weil niemand sie wirklich aufnehmen will. Und obwohl sich die Rechtspopulist_Innen meist als Europäer_Innen darstellen und behaupten, den Kontinent gegenüber „Invasoren“ zu verteidigen, sind sie es auch, die die EU am liebsten abschaffen würden und ihre eigenen Nationalstaaten wieder aufleben lassen wollen. Dabei ist nicht nur das UK mit dem Brexit das Paradebeispiel, auch in Italien mehren sich die Stimmen, die einen Austritt aus der EU fordern. Selbst in Ländern, in denen sich noch „liberale“ oder immerhin „proeuropäische“ Regierungen halten konnten, sitzt diesen heute eine stärkere Rechte im Nacken als dies noch zur letzten Krise der Fall war.

Und in der Pandemie verschärft sich die Situation nur noch weiter: In Deutschland stellt sich die AfD verstärkt als Verteidigerin der Freiheit und Grundrechte dar, indem sie gegen die Einschränkungen, die durch die Pandemie entstehen, demonstrieren. In Ungarn erhöht sich Viktor Orban immer mehr zum Alleinherrscher, indem er per Notstandsgesetze am Parlament vorbeiregiert, und in Großbritannien wurde zum Glück noch vom Ansatz der Herdenimmunität wieder abgerückt.

Wenn es nicht einmal geschafft wird, den am schwersten betroffenen Nachbarstaaten mit medizinischen Materialien und Personal auszuhelfen, offenbart sich auch wie schlecht es mit den humanistischen Idealen der EU in der Praxis aussieht

Zwischen den Fronten

Der EU macht aber auch die globale Konkurrenz zu schaffen. Sie wird ja meist als weiterer Machtblock in der Welt gehandelt, besonders wenn es darum geht, eine gemeinsame Armee aufzustellen, um sich gegenüber Russland, China oder den USA zu behaupten.

Aber nicht nur militärisch stellen diese Staaten eine Bedrohung dar, sondern auch wirtschaftlich. Erkennbar wird das durch die starken Verflechtungen, durch Handels- oder Produktionsstrukturen. China hat z.B. ein doppelt so hohes Exportvolumen in die EU wie umgekehrt.

Dazu kommt der direkte Einfluss Chinas auf europäische Unternehmen und Länder. So hält zum Beispiel das chinesische Unternehmen Cosco mehr als

50% der Anteile an dem Hafen Piräus´, einer der größten griechischen Häfen. Auch in Italien war China da - und nicht etwa die EU - wenn es um medizinische Unterstützung ging während der Corona-Hochphase.

Es ist abzuwarten, wie genau sich die globale Konkurrenz fortführen wird. Solange der amerikanische Kontinent das Epizentrum der Pandemie bleibt und die USA nur zu Verzweiflungshandlungen fähig ist, wird demgegenüber der Einfluss Chinas umso wichtiger. In China wurde die Produktion viel schneller als anderswo wieder hochgefahren und genau dann, als die Produktionen der EU und der USA aussetzten, konnte China seine Macht ausbauen, indem sie die entstehenden Versorgungslücken decken und so viel mehr Export erbringen konnten.

Angriffe auf die Sozialsysteme

An anderer Stelle offenbart sich die Spaltung Europas als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise 2010/11. Bis heute ist vor allem der Mittelmeerraum durch die Sparmaßnahmen geprägt, die vor allem von Deutschland auferlegt worden sind. Besonders hart hat es dabei Griechenland getroffen, aber auch Spanien und Italien durchleben ähnliches. Gestützt durch Deutschland und Frankreich wurden damals Kredite an die verschuldeten Staaten ausgegeben. Der Haken daran ist nicht nur, dass diese Kredite samt Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen. Vor allem sind sie auch an Maßnahmen des sozialen Kahlschlags in den jeweiligen Ländern gebunden worden, überwacht - und exekutiert - durch eine von der EU vorort installierte Troika. Die Sparmaßnahmen trafen Renten- und andere soziale Leistungen, hatten einen großen Stellenabbau zur Folge, schlugen sich aber eben auch in Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Privatisierungen nieder.

Wohin diese Kürzungen führten, sah und sieht man heute besonders in Italien. Ein Grund für die hohe Sterberate während der Pandemie ist, dass so wenig Personal und Ausrüstung auf den Intensivstationen vorhanden waren, da dem Gesundheitssystem fast 37 Milliarden Euro an Investitionen fehlen.

Obwohl die großen Imperialisten wie Deutschland und

Frankreich viel davon profitiert haben, die südeuropäischen Länder kleinzuhalten und sich an ihnen zu bereichern, sind sie auch davon abhängig, dass in ihnen eine gewisse Stabilität herrscht, wenn es um Absatzmärkte, Produktionsketten oder Investitionsströme geht.

Was sollen die Krisenmaßnahmen sein?

Irgendetwas muss die also EU tun, um die Krisenfolgen abzufedern, auch in den Ländern, die besonders stark betroffen sind, darin sind sich eigentlich alle einig.

Die Streitfrage ist allerdings wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen.

Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich tun sich dabei Widersprüche auf. Einerseits ist Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland) ziemlich stark von der Corona-Krise betroffen und daher selbst schon an guten Konditionen für Hilfsmaßnahmen interessiert. Zusätzlich würde auch eine Schwächung der anderen Länder wie Italien die Vormachtstellung von Deutschland weiter verstärken, was ebenso nicht im Sinne Frankreichs ist. Frankreich steht in diesem Konflikt also eher auf der Seite der hochverschuldeten Staaten, während Deutschland an dem alten Modell mit Zurückzahlung unter Zinsen festhalten will.

Der erste Vorschlag waren sogenannte Corona-Bonds in der Höhe von 1,5 Billionen Euro. Diese sollten sich im ersten Entwurf an die Euro-Bonds anlehnen, die nach der Schuldenkrise ausgegeben wurden. Dabei wird von der EU ein Kredit an Länder ausgegeben, die Unterstützung benötigen. Das Problem an der Sache ist, dass diese Bonds

mit

Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen, wodurch den betroffenen Staaten

nicht wirklich geholfen ist, da sie so über Jahrzehnte an diese Rückzahlung gebunden sind. Im zweiten und aktuelleren Entwurf ist nur noch von 500 Milliarden Euro die Rede, dafür aber als Auszahlung, die ohne Zinsen zurückgezahlt werden soll. Besonders die stark betroffenen Länder wie Frankreich, Spanien und Italien sollen davon profitieren. Probleme könnte es dafür besonders von den EU Staaten im Norden und Osten geben, da diese wahrscheinlich mehr Geld geben werden als sie bekommen. Dadurch könnten weitere

Spannungen, besonders in den sowieso schon EU-skeptischen Ländern wie Polen und

Ungarn entstehen.

Innerer Widerspruch und dessen Lösung

Es ist ein Widerspruch an sich, dass sich imperialistische Staaten und damit auch die Kapitalist_Innen der Länder zu einer Einheit zusammenschließen. Eigentlich versuchen Sie sich nämlich gegenseitig zu verdrängen und Halbkolonien zu ihren Absatzmärkten zu machen.

Die EU kann daher nur als Gegenprojekt zu den anderen Imperialisten wie China, USA, Russland existieren. Dieser Burgfrieden ist aber

bröckelig, denn besonders die westeuropäischen Länder Deutschland, Frankreich

und Großbritannien streben nach der Führung.

Oberflächlich betrachtet ist die EU ein Beispiel dafür, dass Schritte weg vom Nationalstaat möglich sind. Es wäre eine Schande, die Errungenschaften der internationalen Verflechtungen auf industrieller und kultureller Ebene wieder

aufzulösen, nur um in chauvinistische Nationalstaaten zurückzukehren, die sich

alle untereinander verfeindet sind. Nur sind halt viele der Träume der EU

nicht

mehr zu finden. Die Humanität stirbt an den Außengrenzen. Im Innern wird die

bestehende Ungleichheit durch Bürokratie und Sparmaßnahmen noch verschärft und

letztendlich bleibt sie nur ein Zusammenschluss, zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Kapitale.

Wirkliche Vereinigung kann Europa nur erfahren ohne die auseinandertreibende Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz. Die bestehenden

Verbindungen müssen von der europäischen Arbeiter_Innenklasse genutzt werden,

um sich international zu organisieren und der EU nach vorne zu entkommen:

In

die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Es sind nicht wir die, die behindert sind, sondern der Kapitalismus, der uns behindert!

Wir verstehen den Begriff Behinderung* nicht als medizinische Kategorie, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige

Begriffsverwendung ist (deshalb immer das Sternchen * dahinter). Unserer Ansicht nach ist niemand behindert, sondern Menschen werden behindert gemacht.

Eine Behinderung* entsteht also nicht als Strafe Gottes, als Laune der Natur oder aufgrund biologischer Defizite sondern durch gesellschaftliche

Ausschlusspraktiken. Kapitalistische Gesellschaften verfolgen nicht den Zweck, allen Menschen auf der Basis ihrer individuellen Bedürfnisse ein gutes Leben zu ermöglichen, sondern möglichst schnell möglichst viel Profit zu erwirtschaften. Sie versuchen sich deshalb also nicht an besondere Bedürfnisse anzupassen sondern unprofitable Elemente zu selektieren.

Ihren grausamsten Ausdruck fand diese kapitalistische Praxis im Nationalsozialismus, in dem sogenanntes „lebensunwertes Leben“ planmäßig ausgelöscht wurde. Doch auch nach 1945 wurden Menschen mit Behinderung* zwar nicht mehr systematisch ermordet, waren aber weiterhin ähnlichen Aussonderungsmechanismen unterworfen. Weiterhin wurde ihnen jegliches Recht auf Selbstbestimmung aberkannt. Unter schlimmsten Bedingungen wurden sie abseits der Gesellschaft in Heime und andere Institutionen gesperrt, in denen lediglich das totale Gesetz der Heimleitung galt. Diese Institutionen definieren die Grenzen, die Menschen mit Behinderung* von gesellschaftlicher Teilhabe abhalten. Insbesondere Frauen mit Behinderung* leiden unter dieser Entrechtung, da sie in dieser Situation noch häufiger Opfer sexueller Gewalt werden.

Durch die Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung* und politische Kämpfe konnten bis heute erhebliche Verbesserungen für die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung erkämpft werden. Dennoch gilt im Kapitalismus weiterhin die Verwertungslogik, die Behinderung als medizinisches Problem versteht. Wenn überhaupt nach Lösungen gesucht werden, dann

lediglich

medizinisch-technische. Stattdessen braucht ein gesellschaftlich-gemachtes Problem auch gesellschaftliche Lösungen.

In einer Zeit der Krise und damit verbundenen

Sparprogrammen, sind Menschen mit Behinderung* die ersten, die unter Kürzungen

im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich leiden müssen. Die Kürzungspolitik

von Regierungen auf der ganzen Welt wird zur „Hexenjagd“ gegen jene, die als

„zu krank zum arbeiten“ betrachtet werden und keine eigene Stimme in Politik

oder Mainstreammedien haben. Menschen mit Behinderung* sind systematisch dazu

gezwungen, niedrigere Gehälter und schlechtere Positionen in Konzernen zu akzeptieren. So weigern sich private Firmen auch dagegen Arbeiter_Innen mit

mentalischen Beschwerden oder körperlichen Einschränkungen – die nicht selten aus

ihrer Arbeit heraus entstehen – zu unterstützen. Im Gegenteil versuchen die Bosse diese Einschränkungen noch als Entschuldigung dafür zu nutzen, sie mehr

auszubeuten als andere. Nicht einmal ein Anspruch auf den gesetzlich garantierten

Mindestlohn wird ihnen zugesprochen.

Aber auch außerhalb der Arbeitsstätten sind Menschen mit

Behinderungen* andauernden Diskriminierungen und Einschränkungen unterworfen. Der

öffentliche Nahverkehr und öffentliche Plätze sind oft nicht für sie ohne die Hilfe anderer zugänglich. Wenn nicht das, dann sind Menschen mit Behinderung*

oft von sozialer Ausgrenzung, Vorurteilen, Mobbing oder sogar der Aufhebung

grundlegender Menschenrechte betroffen. Das trifft besonders auf
halbkoloniale
Länder wie zB. Indien zu, in denen Menschen mit Behinderung* am
absoluten Rand
der Gesellschaft leben und nur mit Hilfe der Familie oder als Bettler_Innen
auf
der Straße überleben können. Dort wo es keinerlei oder wenig staatliche
Unterstützung für jene gibt, die sich am wenigsten selbst helfen können, wird
diese Aufgabe meistens den Frauen aus der Familie aufgebürdet. Doch
Behinderungen* sind nicht die Angelegenheit des_der Einzelnen -
insbesondere da
viele von ihnen direkt oder indirekt aus der kapitalistischen Ausbeutung,
Stress,
gefährlichen Arbeitsplätzen, einem unzureichenden Gesundheitssystem,
ungesunder
Ernährung oder Hunger erwachsen. Gegen die Diskriminierung und
Entrechtung von
Menschen mit Behinderung* vorzugehen ist daher ein elementarer
Bestandteil des
Klassenkampfes!

Revolution fordert deshalb:

- Gleiche Bezahlung und die
Überwachung der Löhne durch Arbeiter_Innenkomitees!
- Zurücknahme aller Kürzungen
und für den massiven Ausbau von Sozial-, Gesundheits- und
Bildungswesen.
Bezahlt durch die Besteuerung der Reichen.
- Umfassende finanzielle
Hilfe durch den Staat. Niemand sollte ein_e Gefangene_r des eigenen
Heims
aufgrund körperlicher Behinderung sein.
- Bessere Arbeitsbedingungen
für Pflegepersonal, um Überarbeitung und das damit verbundene

- Leiden der zu
Betreuenden und deren Familie zu verhindern.
- Überwachung der
Arbeitsbedingungen in den Betrieben, sowie der Pflege von
Menschen mit Behinderung,
durch Komitees der Betroffenen und die Organisationen der
Arbeiter_Innenklasse!
 - Für das Recht von Menschen
mit Behinderung Caucuse in den Organisationen der
Arbeiter_Innenklasse zu
gründen.
 - Schluss mit jeder Form der
Diskriminierung, insbesondere mit reaktionären und religiösen Ideen,
dass
Behinderungen eine Bestrafung oder eine Art moralischer „Test“
wären!
-

Stoppt die Angriffe auf LGBTI+ Personen in Polen und Ungarn!

Sani Meier

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus' lässt sich beobachten, dass in manchen Ländern die aktuellen Dynamiken genutzt werden, um Gesetze zu beschließen, die zuvor durch starke Proteste abgewendet wurden. Die überall stattfindenden momentanen Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechtes sind dafür eine optimale Grundlage, da sie Massenproteste weitestgehend behindern. Besonders deutlich wird dies an den jüngsten Entwicklungen in Ungarn & Polen, wo besonders die Rechte von LGBTIA-Personen und Frauen massiv

eingeschränkt werden.

Ungarn:

Verweigerung der Geschlechtsanpassung in offiziellen Dokumenten

In Ungarn hat so der Staatspräsident János Adler unter anderem jenes umstrittene Gesetz unterzeichnet, welches trans- und intergeschlechtlichen Menschen die rechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die Änderung des Personenstandsgesetzes in Kraft, welche Teil eines Gesetzespakets rund um die Coronakrise war. Dieses Gesetz bedeutet, dass in allen Dokumenten nur noch das Geschlecht eingetragen wird, das bei der Geburt festgelegt wurde. Trans- und Interpersonen können es später nicht mehr in ihr gelebtes Geschlecht ändern lassen, was zu ständiger Diskriminierung im Alltag führen wird. Grundlage dieses Gesetzes ist die reaktionäre Annahme, dass lediglich 2 biologische Geschlechter existieren, die über die Chromosomen bestimmt werden können und leugnet, dass es auch eine Geschlechtsidentität gibt, die unabhängig vom biologischen Geschlecht sein und sich im Laufe des Lebens auch ändern kann. Trotz internationaler Proteste dagegen wurde das Gesetz letzte Woche mit den Stimmen der rechtskonservativen Mehrheit beschlossen. Nun muss noch vom Verfassungsgerichtshof entschieden werden, ob es gegen die gesetzliche Garantie der Menschenwürde verstoßen würde. Dieser Beschluss war zwar bisher gültig, konnte aber trotzdem nicht verhindern, dass schon seit Längerem Anträge auf Geschlechtsanpassungen von Trans-Personen ignoriert wurden, da man bereits auf

eine entsprechende Gesetzesänderung gewartet hat.

Dieser massive Angriff auf die Rechte von Trans- und Interpersonen reiht sich ein in weitere Angriffe der regierenden Fidesz-Partei auf Arbeiter_innen- und Minderheitenrechte. Ministerpräsident Viktor Orban propagiert seit Langem öffentlich ein ultra-konservatives Familienbild und sorgte bereits dafür, dass alle Studiengänge zum Thema „Gender-Theorien“ an ungarischen Universitäten verboten wurden. Auch aus popkulturellen Events wie dem „Eurovision Songcontest“ zog sich Ungarn zurück, da eine solche Veranstaltung „zu schwul“ sei und die Gesundheit der Nation vergiften würde.

Polen: Verbot von Abtreibungen & öffentlicher Sexuaufklärung

Auch in Polen haben Gesetzesentwürfe zum vollständigen Verbot von Abtreibungen und zum Verbot von öffentlichem Sexualekundeunterricht die erste parlamentarische Hürde genommen. Beide Gesetze wurden als Bürgerinitiativen von ultrakonservativen Organisationen eingebracht. Schon seit 1993 hat das Land nach einer Kampagne der katholischen Kirche eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas: Abtreibung ist offiziell nur bei Schädigung des Fötus, bei Gefahr für die Frau und nach Inzest oder Vergewaltigung erlaubt. Offiziell registrieren die Behörden jährlich gut 1000 Abtreibungen. Die echte Zahl liegt Frauenrechtler_innen zufolge bei mindestens 150.000. Zehntausende Polinnen treiben im Untergrund oder mit Abtreibungspillen zu Hause ab oder fahren zur Abtreibung etwa nach Deutschland oder Tschechien. Ersteres birgt ein hohes gesundheitliches Risiko für die Frauen (laut Ärzte ohne Grenzen sterben jedes Jahr rund 22.800 Frauen an den Folgen unsachgemäßer

Schwangerschaftsabbrüche), während die Reise in ein anderes Land eine zusätzliche finanzielle Belastung mit sich bringt. Nun sollen diese auch noch vollständig verboten werden. Dass dies nicht zu insgesamt weniger Abtreibungen führen wird, sondern lediglich zu mehr illegalen Eingriffen, ist absehbar. Der von der regierenden PiS-Partei gestellte Präsident Andrzej Duda erklärte, er werde ein komplettes Abtreibungsverbot unverzüglich unterschreiben.

Ein weiteres Gesetz ermöglicht bis zu 3 Jahren Haft für jegliche öffentliche Sexualerziehung. Begründet wird dies durch eine angebliche „sexuelle Verführung und Demoralisierung“ und „große Unsicherheit der Gesundheit“ der polnischen Jugend durch Sexualkunde, Verhütung und Aufklärung über Masturbation, Homosexualität, Antidiskriminierung oder Toleranz. Sexualerziehung sei zudem eine „Spielwiese für Schwule, Lesben und Pädophile“. Die Gleichsetzung von Homosexualität mit Pädophilie ist ebenso absurd und reaktionär wie die These, offene Sexualaufklärung würde zu gesundheitlichen Risiken führen.

Doch auch diese Entwicklungen in Polen sind leider nicht überraschend, wenn man sich die gesellschaftlichen Dynamiken anschaut: Hier sind gewaltsame Angriffe auf Pride-Demos durch Rechtsextreme keine Seltenheit und mittlerweile hat sich rund ein Drittel Polens zu sogenannten „LGBTIA-freien Zonen“ erklärt.

In diesen Gebieten können Personen, die nicht in die ultra-konservativen Vorstellungen von Geschlecht und Familie passen, ihre Identität nicht frei ausleben und sind ständiger verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt. Betroffene berichten von täglichen

homophoben Angriffen bei gleichzeitiger Ignoranz und fehlendem Schutz durch die Behörden, welche in solchen Angriffen kein Problem sehen würden.

Symptome des internationalen Rechtsrucks

Dass diese traurigen Entwicklungen in Polen und Ungarn gerade jetzt passieren, ist kein Zufall. Sie haben sich im Zuge des internationalen Rechtsrucks angebahnt und sind nun im Schutz der Corona-bedingten Grundrechtseinschränkungen in vollem Gange. In Polen ist seit 2015 die rechtskonservative Prawo i Sprawiedliwość (kurz: PiS, dt: Recht und Gerechtigkeit) an der Regierung und verabschiedet reaktionäre Gesetze, während gleichzeitig eine starke faschistische Szene regelmäßig durch Angriffe auf Linke auffällt. Auch in Ungarn ist mit Victor Orban ein Rechtspopulist an der Macht, welcher durch die faschistische Partei Jobbik (dt. Bewegung für ein besseres Ungarn) gestützt wird. Doch auch abseits dieser beiden Länder lässt sich im Großteil der Welt ein Rechtsruck beobachten: Sei es Trump in den USA, die FPÖ in Österreich, der Rassemblement National in Frankreich, Bolsonaro in Brasilien oder die AfD in Deutschland. Dieser internationale Rechtsruck wurde vor allem durch die letzte weltweite Finanzkrise 2007/08 ausgelöst, welche zu großen Teilen auf dem Rücken der Arbeiter_Innenklasse abgewälzt wurde, welche sich auch heute noch in einer Führungskrise befindet, da keine größere Organisation existiert, die ihre Gesamtinteressen vertritt und eine klare Perspektive bietet. Dies führte vor allem dazu, dass sich die bestehenden Parteien immer mehr nach rechts bewegten und neue rechte Kräfte erstarken konnten.

Woher kommt die LGBTIA- Unterdrückung?

Wie bereits

erwähnt, fußt die Unterdrückung von LGBTIA- Personen darauf, dass sie vom traditionellen heteronormativen Familienbild abweichen. Dass dieses Familienkonzept besonders durch den Staat geschützt wird, ist kein Zufall, sondern hat vor allem ökonomische Gründe. Die bürgerliche Kernfamilie sorgt

nämlich vor allem dafür, dass Arbeitskraft im Privaten wieder reproduziert wird: Das beinhaltet all das, was benötigt wird, damit Arbeiter_Innen am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen können, also z.B. Essen, Schlafen, Waschen

etc. All diese Dinge finden unbezahlt innerhalb des privaten Haushalts der Familie statt und werden vor allem durch Frauen geleistet, die diesen durch sogenannte Reproduktionsarbeit am Laufen halten. Sie kochen, putzen, waschen

Wäsche, leisten emotionale Arbeit und sorgen durch die Kindererziehung dafür,

dass auch diese später Lohnarbeit leisten. Und das alles ohne dafür bezahlt zu

werden. Der Staat profitiert also von diesem Familienkonstrukt, da dieses die unentlohnte Reproduktion von Arbeitskraft sicherstellt. Staatliche Institutionen versuchen deshalb die klassische Familie zu schützen, aufrechtzuerhalten und zu promoten, während sie andere Familienentwürfe zu marginalisieren

versuchen. Natürlich wurden in vielen Ländern bereits riesige Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung von der bürgerlichen Norm abweichenden Lebens- und

Geschlechtsvorstellungen erkämpft. Die Situationen in Ungarn und Polen zeigen

uns jedoch, dass diese schnell wieder zurückgenommen werden können, solange die

sozio-ökonomische Grundlagen für LGBTIA-Unterdrückung nicht angegriffen werden.

Es wird also klar, dass durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familie nicht nur LGBTIA-Personen ausgegrenzt und diskriminiert werden, sondern auch vor allem Frauen ausgebeutet und unterdrückt werden. Ihre Repression basiert auf der gleichen Grundlage: Dem Kapitalismus, welcher die bürgerliche Familie benötigt, um Arbeit möglichst effektiv auszubeuten. Deshalb muss der Kampf um die Befreiung von LGBTIA-Personen zwangsläufig mit den Kämpfen von Frauen und der Arbeiter_Innenklasse gegen den Kapitalismus geführt werden!

**Wir fordern
deshalb:**

- Die Abschaffung aller Gesetze die LGTBIA-Personen diskriminieren und verfolgen!
 - Das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung! Kein kapitalistischer Staat darf zum Schiedsrichter über unsere Geschlechtsidentität werden!
 - Uneingeschränktes Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und Geschlechtsangleichung, sowie freien Zugang zu Informationen & freiwilliger Beratung!
 - Selbstverteidigungskomitees zum Schutz vor organisierten homo- und transphoben Faschist_Innen!
-

Neue militärische Eskalation in Libyen!

Unser Autor Jonathan Frühling erklärt, was genau in Libyen los ist und warum niemand darüber spricht.

Während hierzulande Corona die Nachrichtenwelt dominiert, gehen die kriegerischen Konflikte zwischen Imperialist_Innen und Regionalmächte unvermindert weiter. Dabei ist ein alter Konfliktherd mit besonderer Heftigkeit wieder ausgebrochen: Libyen.

Libyen ist ein weitläufiger nordafrikanischer Wüstenstaat mit einer Bevölkerung von knapp 7 Millionen Menschen. Das BIP beträgt ca. 30 Mrd. US-Dollar, was ungefähr der wirtschaftlichen Stärke Syriens entspricht, wobei die Wirtschaft vor allem auf der Förderung von Öl basiert.

2011 wurde der langjährige Diktator al-Gaddafi durch einen Bürgerkrieg gestürzt. Damals zerfiel die Armee und es bildeten sich lokale Milizen, die von der NATO aus der Luft unterstützt wurden. Recht bald nach dem Krieg ist diese Allianz gegen al-Gaddafi jedoch zerfallen und hat zu einem bis heute andauernden Bürger_Innenkrieg geführt.

Politische Ausgangslage

Das Land ist momentan gespalten in einen Ost- und einen Westteil. Der Westen wird geführt von der Übergangsregierung GNA (Government of National Accord) unter dem Ministerpräsidenten as-Sarradsch, indem er die ehemalige Hauptstadt Tripolis und die umliegenden dicht besiedelten Gebieten kontrolliert.

Diese Regierung wird auch von der UN als die legitime Regierung anerkannt und vom Westen unterstützt. Im Osten herrscht der General Haftar und seine Libyan National Army (LNA), die auch einen Großteil der Ölquellen unter ihrer Kontrolle haben. Er stützt sich auf eine Reihe von im Nord-Osten des Landes ansässiger Stämme, die hoffen, bzw. hofften, nach seinem Sieg eine bevorzugte Stellung im neuen Staat zu erhalten.

Neuste Entwicklungen

Vor gut einem Jahr begann das Militärbündnis von Haftar mit einer großangelegten Offensive, die zu der Eroberung der Hauptstadt Tripolis führen sollte. Politische Verhandlungen hatte Haftar zuvor abgebrochen. Bei der Offensive wurden einige Erfolge erzielt und bis in die Vorstädte der Hauptstadt Tripolis eingedrungen. Dann allerdings stoppte die Offensive, denn die GNA bekam militärische Unterstützung vor allem durch die Türkei. Diese sendete unzählige Schiffe mit schwerem militärischen Gerät, vor allem gepanzerte Fahrzeuge, sowie der Türkei treuen Islamisten aus Syrien, was wohl ausschlaggebend für die Wende im Krieg war.

Dadurch konnten die Truppen der GNA selbst offensiv werden und Städte im Westen des Landes und südlich von Tripolis zurückerobern. Die Rückerobung eines großen Militärflughafens war dabei der jüngste Erfolg. Dies hat zudem dazu geführt, dass die Türkei nun eine festere militärische Präsenz als bisher aufbauen kann. Zudem kann die Türkei die GNA Truppen jetzt komfortabel aus der Luft unterstützen und damit die fast vollständige Lufthoheit Haftars Truppen brechen.

Die Militärallianz der Regierung Haftars droht aufgrund dieser Rückschläge zu zerbrechen, da es nämlich in Libyen auf keiner Seite eine zentral strukturierte Armee gibt. Vielmehr gibt es lokale Milizen, die vor allem ihre eigene Macht im Auge haben und deshalb leicht die Seiten wechseln können.

In den von der GNA eroberten westlichen Städten haben die lokalen Milizen, vorher noch auf Haftars Seite, bereits der GNA die Treue geschworen.

Doch nicht nur die lokale Unterstützung Haftars bröckelt.

Russland, welches bislang Haftar unterstützte, hat seine Militärberater_Innen und militärisches Gerät, wie z.B. Flugabwehrraketen aus der Frontnähe in den

Osten des Landes abgezogen. Russland scheint also zumindest die Hoffnung auf

eine baldige Offensive zur Rückeroberung der verlorenen Gebiete zu bezweifeln.

Auch von Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emiraten hört man bisher zur

Unterstützung der LNA wenig. Dabei hatte Ägypten bei einer Ausweitung des Krieges durch die Türkei vor einigen Monaten noch mit dem Einsatz von Bodentruppen gedroht.

Hunderte Menschen haben in dem letzten Jahr der Kämpfe den Tod gefunden. 200.000 wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen.



Die Lage von Flüchtenden

Das subsaharische Afrika ist von völliger Verarmung, Rechtlosigkeit und Kriegen geprägt. Deshalb fliehen viele Menschen, um Arbeit

in Europa zu finden. Lange Zeit diente der Diktator al-Gaddafi der EU als gutbezahlter Türsteher der Festung Europa. Nach dem Sturz Gaddafis nutzen nun

viele Flüchtende das entstandene Chaos, um in Libyen zu versuchen, illegal nach Europa überzusetzen. Dabei müssen sie sich in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben. Oftmals werden sie vergewaltigt und/oder geraten in die Hände von Menschenhändlern, die sie versklaven. In Libyen wartet eine Regierung auf sie, die sich von der EU bezahlen lässt, mit militärischer Gewalt das Übersetzen von Flüchtlingen zu verhindern. Viele Boote werden sogar noch außerhalb der libyschen Gewässer zur Rückkehr gezwungen. Menschen auf der Flucht werden gefangen genommen und interniert. Dort warten jahrelange Inhaftierung unter erbärmlichen Bedingungen auf sie. Zudem sind Folter und Missbrauch an der Tagesordnung, sodass nicht wenige durch Selbstmord diesem Schrecken entfliehen.

Forderungen

Klar ist für uns als Kommunist_Innen, dass das Land in ein solches Chaos abgedriftet ist, weil die Revolution zwar das diktatorische Regime von Gaddafi gestürzt hat, die Eigentumsfrage aber unangetastet ließ. Wie viele Revolutionen im sogenannten „Arabischen Frühling“ hatten auch die Bewegungen in Libyen große Potentiale, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Ihr trauriges Schicksal erinnert an die ägyptischen oder syrischen Aufstände, in denen ebenfalls die Arbeiter_innenklasse nicht die programmatische Führung über die Widerstandsbewegungen übernahm und somit den Weg für neue machthungrige Cliques frei machte statt ihr objektives Interesse an allgemeiner Emanzipation zu verfolgen. Ähnliche Fragen stellen sich heute auch für die aufständischen Bewegungen im Libanon oder im Irak.

Keine der in Libyen momentan befehlenden Milizen oder Milizverbände hat ein Interesse daran, Verbesserungen für die lokale Bevölkerung einzuführen. Letztlich geht es nur darum, welche kapitalistischen Cliquen und hinter ihnen stehenden Mächte die Kontrolle über das Land, bzw. die Ölreserven des Landes, bekommen.

Wir als Vertreter_Innen der Arbeiter_Innenklasse vertreten eine ganz andere Position: Wir treten für eine Bewegung der Arbeiter_Innen und Bäuer_Innen ein, die Schluss macht mit Fremdherrschaft und Ausbeutung.

Um das zu erreichen, müssen wir für folgenden grundlegenden Forderungen kämpfen:

- Für Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Organisationsfreiheit
- Regionalmächte und Imperialisten raus aus Libyen. Keine Kriegsunterstützung für bürgerliche Milizen!
- Entwaffnet und zerschlagt die Milizen, die das Land seit 2011 ins Chaos getrieben haben!
- Für eine Enteignung des Großgrundbesitzes. Das Land muss denen gehören, die es bestellen!
- Für eine Vergesellschaftung der Industrie. Die Wirtschaft soll nach einem Plan der Produzent_Innen und Konsument_Innen reorganisiert werden!
- Keine Folter und Internierung von Geflüchteten. Jeder Mensch, der Libyen nach Europa verlassen will, soll dies ohne Einschränkung tun können!
- Für den Aufbau einer revolutionären Partei unter deren Banner die Unterdrückten sich

- sammeln,
bewaffnen und kämpfen können!
- Für ein sozialistische
Föderation der Staaten Nordafrikas!
-

Die Rote Armee - Befreiungsarmee gegen den Faschismus

Wilhelm Schulz

Am 9. Mai jährt sich zum 75. Mal der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus. Die Rote Armee stellte hierbei eine besondere, gar die bedeutendste Kraft in der Befreiung vom Faschismus dar. Sie kämpfte an der sogenannten Ostfront fast vier Jahre lang. Hier wurden der Wehrmacht die stärksten Verluste zugefügt, die Sowjetunion hatte mit rund 25 Millionen Toten die größten Opferzahlen des Krieges zu beklagen, ein Großteil waren zivile Verluste.

Heute werden die Leistungen der Roten Armee zumeist gegenüber denen der Westalliierten heruntergespielt oder „vergessen“, deswegen werden wir hier auf diese Leistungen eingehen und damit verbunden die Sowjetunion als eine außerordentliche Kriegspartei beleuchten.

Die Rote Armee

Sie wurde am 28. Januar 1918 gegründet, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen die die kapitalistische Weiße Armee zu verteidigen. In der

Eidesformel verpflichtete sie sich der internationalen sozialistischen Revolution. Die Rote Armee war keine bürgerliche Armee. Die innere Hierarchie wurde auf das Nötigste begrenzt, z.B. gab es keine Unterschiede in den Uniformen. Die Rotarmist_Innen konnten ihre Vertreter_Innen wählen und es gab demokratische Kongresse, dies wurde jedoch bereits Anfang der Zwanziger aufgrund des schweren Krieges gegen die Weiße Armee ausgesetzt. Bis 1925 war Leo Trotzki der Volkskommissar für Kriegswesen. Zu Zeiten des Bürger_Innenkriegs gab es auch weibliche Kommissarinnen, ein bekanntes Beispiel ist Larissa Reissner.

Doch mit dem Sieg der Konterrevolution durch Stalins Bürokratie in der Kommunistischen Internationalen (KomIntern) und der Sowjetunion (SU), wurden diese Errungenschaften angegriffen. Die Rangzeichen wurden wieder eingeführt. Die Eidesformel wurde so verändert, dass fortan auf das Vaterland statt auf die internationale Befreiung der Arbeiter_Innen geschworen wurde. Im Rahmen von Stalins Säuberungen (u.a. Moskauer Prozesse) wurden knapp ein Viertel der Offiziere bis zur untersten Ebene abgesetzt oder ermordet, was für die Rote Armee eine deutliche Schwächung im Kampf gegen den Faschismus bedeutete.

Die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg

In der Zeit von 1928 bis '33 lehnte die bürokratisierte KomIntern jede Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie ab und verleumdete die SPD als „Zwillingsgesicht des Faschismus“. Die Folge war eine Isolation der Kommunist_Innen und der Sieg Hitlers über die deutsche Arbeiter_Innenbewegung.

Anstatt daraus eine korrekte Einheitsfrontpolitik als Lehre zu ziehen, arbeitete die KomIntern nach 1933 nicht nur mit der Sozialdemokratie zusammen, sondern auch mit angeblich progressiven Teilen der Bourgeoisie - ohne offenen politischen Kampf zu führen. Auch das führte zu Niederlagen wie z.B.

in Spanien 1939 gegen den Franco-Faschismus.

Am

24. August 1939 unterzeichnete die SU den Ribbentrop-Molotow-Nichtangriffspakt, auch bekannt als Hitler-Stalin-Pakt. Dieser verschaffte der SU zwar Zeit bis zu ihrem wirklichen Kriegseintritt, jedoch auf Kosten der Niederschlagung weiterer Teile Osteuropas, darunter die Aufteilung Polens zwischen der SU und Nazi-Deutschland. Das NS-Regime überfiel am 22. Juni 1941 die SU und beendete somit den Pakt. Zwei Tage später propagierte die Prawda (sowjetische Tageszeitung) den „heiligen Krieg“ – später: „Großer vaterländischer Krieg“ – gegen das „faschistische Böse“. Die Losung der sozialistischen Revolution gegen den Faschismus wurde nicht aufgeworfen. Hingegen wurde in der faschistischen Propaganda der Krieg in Osteuropa als „Rassenkrieg“ dargestellt.

Bis

zum Sieg der Roten Armee in Stalingrad im Februar 1943 befand sich die SU weitgehend in der Defensive, sodass die Wehrmacht kurz vor Moskau stand. Mit dem heldenhaften Sieg in Stalingrad wendete sich das Blatt und die Wehrmacht konnte über die kommenden Jahre bis nach Berlin zurückgedrängt werden. Hier ist auch die Bedeutung der Partisan_InnenkämpferInnen hervorzuheben, die in den vom deutschen Faschismus besetzten Gebieten im Widerstand standen und dabei oftmals ganze Divisionen banden.

Die

gigantischen Potentiale der Planwirtschaft, selbst in ihrer bürokratischen Abart, zeigte die kurzfristige Reorganisation der Produktion beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs. Nicht nur die Produktion wurde schnell auf Kriegsmaschinerie umgerüstet, sondern auch 1.300 Betriebe innerhalb weniger Jahre weg von der drohenden Front in den Osten des Landes verlagert.

Am

8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Westmächten und dann am 9. Mai gegenüber der Sowjetunion. Der imperialistische Vernichtungskrieg kostete 60 Millionen Menschen das Leben. In seinem Schatten fand die verbrecherische industrielle Massenvernichtung politischer Gegner_Innen und vor allem von Jüd_Innen in der Shoa statt.

KASTEN: Die Rote Armee und die Frauen

Etwa 800.000 Frauen kämpften in der Roten Armee, ob im Heer, in der Luft, zur See oder im Innendienst. Ab 1941 begann die Anwerbung von Frauen, die bis dato die „traditionellen Männerberufe“ an der „Heimatfront“ übernehmen sollten, zuerst nur in Zuarbeit als Funkerinnen oder Sanitäterinnen, wurde ab '42 die Ausbildung ausgeweitet. Die Möglichkeit für Frauen für einen, wenn auch degenerierten, Arbeiter_Innenstaat zu kämpfen, ist eine Errungenschaft, die keine andere Armee in dieser Form freiwillig einführte. Es gab aber auch negative Seiten. So mussten sich Frauen vor allem gegenüber den männlichen Rotarmisten und deren Vorurteilen durchsetzen. Viele gingen aus Angst vor Vergewaltigungen und Übergriffen ‚Liebesbeziehungen‘ ein. So stellte die Menstruation als auch ihr Ausbleiben im Gefecht eine hohe Gefahr für die Soldatinnen dar. Nach dem Krieg hielten viele ihre Vergangenheit geheim, um weiterhin als heiratsfähig, somit weiblich, zu gelten. Ausführlicher hierzu, aber auch zu Heldinentaten, können wir „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ von Swetlana Alexijewitsch empfehlen.

Die Rote Armee gegenüber zivilen Frauen

Es wird geschätzt, dass zwei Millionen Frauen und Mädchen im Zuge der Felderoberungen der Roten Armee Vergewaltigungen zum Opfer gefallen sind. Dies ist ein abscheuliches Verbrechen und zeigt die Verrohung der Roten Armee im Krieg, doch im Nachhinein wurde dies oft als antikommunistisches Argument benutzt, indem es verzerrt dargestellt wird, denn die Gewalttaten der Faschisten und des gesamten imperialistischen Krieges waren unbeschreiblich und haben erst zu dieser Verrohung beigetragen.

Der Umgang unter den Rotarmisten mit Frauen ist ein Beispiel für den Bruch mit der alten Eidesformel des Rates der Volkskommissare, hier hieß es u. a. „Ich verpflichte mich, mich selbst und die Genossen von Handlungen abzuhalten, die die Würde eines Bürgers der Sowjetrepublik herabsetzen, und mein ganzes Tun und Denken auf das große Ziel der Befreiung aller Arbeitenden zu richten.“

Rote Armee eine besondere Kraft

Die

Sowjetunion war keine Kriegspartei wie die anderen kapitalistischen Staaten. Die Politik der anderen Alliierten bestätigt das: Neben dem Sieg über den Faschismus (der in erster Linie eine wild gewordene imperialistische Konkurrenz darstellte) war auch die Schwächung der Sowjetunion ihr Ziel. Die SU war zu dieser Zeit ein sogenannter degenerierter Arbeiter_Innenstaat: Die Fabriken und Ländereien waren zwar verstaatlicht und die Bourgeoisie entmachtet, jedoch lag die Kontrolle über die Produktionsmittel nicht in den demokratischen Händen der Arbeiter_Innen, sondern in denen einer Bürokratie. Diese verfolgte ihre eigenen privilegierten Interessen und wurde so zu einem Hindernis in der internationalen Revolution. Vielmehr ging es der Bürokratie um einen Kompromiss mit dem Imperialismus – der Hitler-Stalin-Pakt, aber auch die Zusammenarbeit mit den Alliierten zeigen das. Dies bedeutete einen Verrat an der Losung Lenins der *„Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg [als] [...]*

die einzig richtige proletarische Losung.“

Wir kritisieren dabei nicht die taktisch-militärischen Absprachen, sondern die politische Dimension dieses Paktes. Letztlich schloss die Bürokratie ihren Frieden mit dem Kapitalismus auf Weltebene.

Im

Februar 1946 wurde die Rote Armee in Sowjetarmee umbenannt, was den falschen Frieden der Sowjetunion mit dem kapitalistischen Ausland unterstreicht. Leo Trotzki analysierte in seinem Werk „Die verratene Revolution“ von 1936 die Sowjetunion als einen degenerierten Arbeiter_Innenstaat, in der die Bürokratie der Arbeiter_Innenklasse die politische Macht entrissen hat. Die SU verharrte in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus und in nationaler Isolation. Dieser Zustand musste entweder zum Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution mit Wiedereinführung einer Arbeiter_Innendemokratie und zur Internationalisierung der Revolution führen oder zur

konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus - die 1989 eintrat.

Trotzdem

war die Sowjetunion mit dem vergesellschafteten Eigentum eine historische Errungenschaft, die es auch für Internationalist_Innen und Gegner_Innen Stalins zu verteidigen galt. Deshalb war auch der Kriegseintritt berechtigt und notwendig. Er führte zur Zerschlagung des Faschismus als Rammbock gegen die Arbeiter_Innenbewegung, beendete den Völkermord und erhielt zeitweilig die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Deshalb sagen wir, damals, wie heute: Dank euch ihr Sowjetsoldat_Innen!

Corona ist nicht die Heilung der Natur!

Yuna Hibbelig

„Humans are the virus, corona is the cure.“ (deutsch: Menschen sind das Virus, Corona ist die Heilung) Sprüche wie diese sind innerhalb der Umweltbewegung auf social media-Kanälen und online häufig vertreten - doch so eine Position finden wir ziemlich fascho. Warum? Weil es die Begründung enthält, dass es bestimmte Menschen verdient hätten, an Covid-19 zu sterben, während andere dann eine menschenleerere und angeblich ökologischere Erde genießen könnten. In dieser Aussage steckt also, dass das Leben einiger Menschen nicht so viel wert ist, wie das Leben anderer. Zum Beispiel Älterer und Risikogruppen sowie Menschen aus Ländern mit schlechteren Gesundheitssystemen bis hin zu Geflüchteten, die wie zum Beispiel in dem Geflüchteten-camp Moria auf der griechischen Insel Lesbos, auf engstem Raum ausharren müssen. Diese Menschen sollen also sterben, um die Erde zu heilen.

Es wird dabei außerdem unsichtbar gemacht, wie und warum gerade diese Menschen in Lebenssituationen gedrängt wurden, in denen sie besonders von der Pandemie betroffen sind. So wurde das Gesundheitssystem in Deutschland jahrzehntelang heruntergespart, sodass nun nicht mehr genügend Intensivbetten, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte für alle Erkrankten da sind. In anderen Ländern hat Deutschland fleißig mitgeholfen, Spardiktate zu verhängen, sodass diese auch dazu gezwungen wurden, ihre Gesundheitssysteme abzubauen und zu privatisieren. Deutschland hat sie zusammen mit der Troika oder dem IWF mit Krediten erpresst und so selber viel Geld verdient. Menschen in ärmeren Regionen werden durch die Ausbeutung ihrer Heimatländer dazu gezwungen, auf weitaus engerem Raum zu leben und haben häufig keinen Zugang zu fließendem und sauberem Wasser, um sich an die Hygienevorschriften zu halten. Versuchen sie vor diesen Lebensbedingungen zu fliehen, werden sie an den europäischen Außengrenzen zu Tausenden in Lager gesteckt und angesichts der drohenden Pandemie ihrem Schicksal überlassen. Auch sind Menschen in sogenannten „systemrelevanten“ Berufen stärker gefährdet, als Menschen, die von zu Hause aus arbeiten können. Gleichzeitig sind diese Berufe (wie z.B. Reinigungskraft oder Einzelhandel) oft die, die von Frauen gemacht und schlechter bezahlt werden. Werden Menschen in Ländern mit schlechterer medizinischer Versorgung oder mit weniger finanziellen Mitteln zur Verfügung krank, sind ihre Chancen darauf gesund zu werden weitaus geringer. Vor Allem in Ländern ohne Krankenkassenvorsorge, wo die Menschen privat für ihre Behandlung aufkommen müssen, wie den USA, sieht man dies besonders deutlich. Dementsprechend sind nicht alle Menschen gleichmäßig von dem Coronavirus betroffen, sondern die, die am meisten unter Unterdrückung und Ausbeutung leiden. Und nun wird von diesen wird nun auch noch verlangt zu sterben, damit sich der Rest ein geiles Leben im Grünen machen kann.

Die vermeintliche „Überbevölkerung“

Die Rede von der

Überbevölkerung der Welt ist nichts Neues, sondern wurde schon immer von Rechten und Herrschenden als Rechtfertigung genutzt. Die Idee von der „Überbevölkerung“ kam auf, als sich der Kapitalismus in Europa ausgebreitet hat und immer mehr Menschen der Arbeiter_Innenklasse an Überausbeutung und Verelendung starben. Die Herrschenden erklärten einfach, dass sowieso zu viele Menschen auf der Welt leben würden und es deshalb schon ok wäre, wenn einige davon wegsterben. Stattdessen waren die Arbeiter_Innen ja nur so arm, weil die Kapitalist_Innen sich alle Profite in die eigenen Taschen steckten. Da sich die Arbeiter_Innenklasse jedoch durch viele Kämpfe einen gewissen Status erobern konnte, mussten die Herrschenden ihre Theorie ein wenig umformulieren. Aktuellere Überbevölkerungstheorien besagen nun, dass wir weiterhin zu viele Menschen auf der Erde sind, und deshalb einige sterben müssen, um wieder genügend Platz oder Ressourcen wie Nahrungsmittel zu haben. Wenn sich gefragt wird, wer sterben soll, wird heute vor allem auf die ärmeren Länder geschaut, in welchen tatsächlich mehr Menschen auf engerem Raum leben. Das liegt aber nicht unbedingt an der Menge der Menschen, sondern wie die Ressourcen auf unserem Planeten aufgeteilt sind. Es gibt also eine ungleichmäßige Aufteilung an Ressourcen wie Nahrungsmitteln, keinen Mangel an diesen.

Zudem ist dieses

Denken zum einen ist zutiefst sexistisch, da Frauen in Ländern mit einer höheren Bevölkerungszahl vorgeworfen wird, sie sollen weniger Kinder bekommen, da sie ja sonst Schuld an der Überbevölkerung trügen. Zum anderen lässt es den Gedanken vollkommen aus, dass manche Menschen viele Kinder benötigen um in einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher sie die Benachteiligten sind, zu überleben. Warum sollen die Menschen in den Ländern mit höheren Geburtsraten, welche am meisten von Globalisierung und Ausbeutung betroffen sind, wegen einer vermeintlichen „Überbevölkerung“ auf gewisse Vorteile, die andere Länder schon haben, verzichten und Opfer bringen müssen, um unter Anderem gegen die Klimakrise und

Ressourcenknappheit vorzugehen.

Die Umweltbewegung braucht einen Klassenstandpunkt!

Doch wie konnte sich so eine rassistische und sexistische Kackscheiße gerade in der Umweltbewegung ausbreiten, die doch eigentlich für eine gute Sache kämpft? Paradoxerweise gab schon immer eine Offenheit in der Rechten für ökologische Positionen. Ihnen geht es jedoch dabei nicht um die Erhaltung des Planeten und Klimagerechtigkeit, sondern um die Erhaltung ihres „Volkes“. Ihre obskuren Abstammungstheorien erklären sie damit, dass jedes „Volk“ mit seinem Land „verwurzelt“ sei. Im Nationalsozialismus wurde das die „Blut-und-Boden-Ideologie“ genannt. Doch das ist einfach nur faschistische Propaganda. Im Nationalsozialismus wurde sich praktisch kaum um die Natur gekümmert. Auch in bürgerlich-konservativen Kreisen entstand ein Wunsch nach verbessertem Umgang mit der Natur, damit man den Wochenendausflug am Meer so richtig schön genießen kann. Doch den muss sich erst einmal leisten können.

Fridays for Future, Extinction Rebellion oder Ende Gelände sind alles coole Bewegungen, die viel auf die Beine stellen. Jedoch werden sie entweder von NGOs oder Einzelpersonen angeführt, die keinen Klassenstandpunkt haben. Das heißt, dass sie sich nicht auf die Arbeiter_Innenklasse beziehen und nicht die Überwindung des gesamten Kapitalismus anstreben. Das wird dann wiederum zum Einfallstor für rechte Ideologien wie die Überbevölkerungstheorie, wie sie zuletzt in einzelnen XR-Ablegern aufgetaucht ist.



Kapitalismus ist das Problem - nicht der Mensch

Für uns als REVOLUTION ist eins klar: Der Grund für Umweltzerstörung und Klimaerwärmung ist nicht die Menschheit oder unser Wesen an sich, sondern der Kapitalismus und dessen Ausbeutung der Menschen und des

Planeten. Der Kapitalismus ist also das Problem - nicht der Mensch an sich. Doch die Überbevölkerungstheorie geht davon aus, dass alle gleichwertig an der Klimakrise Schuld hätten. Natürlich ist das falsch, denn die Schäden an unserem Klima werden vor Allem durch die kapitalistische Produktionsweise und deren ständigen Kampf um Profitwachstum gefördert. Außerdem geht sie davon aus, dass der Mensch kein Teil der Natur wäre, was falsch ist. Der Mensch stammt von Tieren ab und kann wie alle Lebewesen auf diesem Planeten nur durch die Wechselwirkung mit der Natur überleben. Da er eigentlich ziemlich schwach ist, muss er das, mit anderen Menschen zusammen, tun. Die Bearbeitung der Natur ist also eine natürliche Aufgabe des Menschen, um zu überleben. Wie das jedoch genau passiert ist eine politische Frage, die damit zusammenhängt, wie der Mensch, die Gesellschaft, in der er lebt, organisiert. Aktuell sehen wir da nur 2 Optionen: Sozialismus oder Barbarei.

Barbarei

bedeutet, dass der Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf ein Niveau unter dem Kapitalismus zurückfällt. Konkrete Szenarien oder Beispiele dafür wären Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels, ein Welt-/Atomkrieg oder eben eine Pandemie (die auch Folge des Klimawandels sein kann). Eine Welt in solchen Szenarien hängt oft zusammen mit Hungersnot und grundsätzlich verschlechterten Umständen. Eindeutig keine coole Option.

Stattdessen

lohnt es sich, für eine sozialistische Revolution zu kämpfen und die kapitalistischen Widersprüche *positiv aufzuheben*, indem man die Gesellschaft an den Bedürfnissen des Proletariats und dementsprechend an den Bedürfnissen der Menschheit (und damit auch den Bedürfnissen der Natur, denn eine intakte Natur ist ein menschliches Bedürfnis) ausrichtet. Stattdessen für Corona und eine Dezimierung der Menschheit einzutreten ist nur eine reaktionäre Verschiebung des Problems und keine gute, langfristige Lösung.

4 Gründe warum Corona im Sozialismus ein weniger großes Problem wäre

Florian Hiller

Nachdem China*, wo der SARS-CoV-2 zuerst ausgebrochen ist, die Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen scheint, sind es aktuell die beiden imperialistischen Zentren USA und Europa die besonders hart mit dem Virus zu kämpfen haben. Aber auch der Rest der Welt ist von der Pandemie betroffen und besonders für halbkoloniale Länder lässt sich keine positive Prognose abgeben, da die aktuelle nationale Abschottungspolitik nicht auf eine internationale Zusammenarbeit hoffen lässt.

„Länder wie Deutschland oder den USA kann so ein Virus nichts anhaben“ hätten wahrscheinlich viele Menschen behauptet. So auch Jens Spahn, der Ende Januar noch sagte „wir sind gut vorbereitet“. Auch das Robert-Koch-Institut stufte damals die Gefahr auf „sehr gering“ ein. Einige werden jetzt vielleicht immer noch sagen, dass Deutschland ja „verhältnismäßig gut da steht“, da in Deutschland bisher die Todesrate relativ niedrig geblieben ist.

Doch nichts ist einfach „gut“, solange es „verhältnismäßig gut“ ist. Zum Beispiel ist im Vergleich mit dem Feudalismus der Kapitalismus auch ein Fortschritt, ändert trotzdem nichts daran, dass er zerschlagen werden muss, um endlich Schluss zu machen mit Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus, Krieg, Sexismus - um nur einige Probleme zu nennen, die in unserm „tollen System“ vorherrschen.

Außerdem wollen wir auch nicht nur schauen, was Deutschland besser machen könnte, wir stehen schließlich für eine internationale Revolution und deshalb schauen wir natürlich über unsere Nationalstaatsgrenzen hinaus.

In diesem Artikel soll es aber nicht nur darum gehen, aufzuzeigen welche Probleme des Kapitalismus gerade verstärkt zum Vorschein kommen,

sondern 4 Gründe angeben warum Corona im Sozialismus ein weniger großes Problem ist.

Dazu müssen wir uns erst mal gedanklich in diese Situation begeben. Weltweit wurden alle Kapitalist_Innen enteignet und die Produktion vergesellschaftet. Der bürgerliche Staat wurde durch eine Rätedemokratie ersetzt. In dieser gibt es Basisebenen aus Betrieben, Stadtteilen, Schulen etc. die Delegierte für die nächst höhere Räteebene wählen usw. Dabei sind die Delegierten rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden, wenn die Basis mit ihnen unzufrieden ist. Diese Struktur wird auch genutzt, um demokratisch die Wirtschaft nach den Bedürfnissen aller Menschen zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren.

1. Forschung

Bevor wir in das Szenario gehen, dass eine Pandemie durch einen Virus auftritt, stellt sich die Frage, ob ein Auftreten so eines Virus nicht auch schon vorher hätte im Sozialismus verhindert werden können?

Die Frage muss erst Mal mit Nein beantwortet werden. Ähnlich wie andere Naturkatastrophen, wird es in keiner Gesellschaft zu verhindern sein, dass neue Viren auftreten, die einen großen Teil der Menschen infizieren und auch im Sozialismus wäre so eine Pandemie eine Herausforderung.

Trotzdem wären wir besser darauf vorbereitet. Denn wie bereits gesagt, können wir davon ausgehen, dass Pandemien ausbrechen werden. Es erscheint aktuell wie ein blöder Zufall, dass so etwas passiert, aber es gab in der Geschichte immer große Seuchen, und es gibt auch Forschung die besagt, dass es gerade bei unserer aktuellen Form der industriellen Massentierhaltung ein besonders hohes Risiko für das Ausbrechen von neuen gefährlichen Krankheiten gibt. Auch zu Corona-Viren wurde bereits geforscht. Betrachten wir das Bedürfnis

der Menschen nach Gesundheit, dann wird klar, dass es wichtig ist sich mit solchen Bedrohungen für die Gesundheit auseinanderzusetzen. Das Problem in unserer Marktwirtschaft ist, dass die Bedürfnisse der Menschen nicht im Vordergrund stehen, sondern der Profit. Das führt zu einem paradoxem Phänomen. Das Forschungsinstitut, das forscht um Leute vor Pandemien zu schützen braucht eine Pandemie um dies zu tun. Denn erst mit Eintreten der Krankheit, ist es profitabel und unbedingt notwendig etwas gegen die Krankheit zu tun.

Im

Sozialismus hätten wir uns schon bereits vor Ausbrechen der Krankheit mehr mit dem Risiko von Pandemien auseinandergesetzt, da es wichtig ist für das Bedürfnis nach Gesundheit sich mit dem Verhältnis des Menschen und der Natur auseinanderzusetzen und die Forschung dahingehend einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht und in der Planwirtschaft umfassender berücksichtigt würde.

2. Gesundheitssystem

Ein weiterer Punkt, der sich auf die Vorbereitung auf eine Pandemie bezieht, aber auch auf deren Bekämpfung, ist die Situation des Gesundheitssystem. Spätestens jetzt zeigt sich was für Folgen es hat, wenn die neoliberale Profitlogik bis tief in die Grundbedürfnisse der Menschen hineindrängt. Wenn heute viel von „Flatten the curve“ geredet wird, dann bedeutet das, dass die Zahl der Infizierten und besonders der Leute, die auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, so gering zu halten, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet ist. Es gibt eine Grenze an Verfügung stehenden medizinischen Personal und Geräten und wird diese Grenze überschritten kommt es zu der Situation in der abgewogen werden muss, wer behandelt wird und wer sich selbst überlassen bleibt. Dass diese „Grenze“ überall sehr tief liegt, lässt sich zurückführen auf die Privatisierung des Gesundheitssystems und die damit einhergehenden Folgen, wie z.B die schlechten Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Dass Diese Grenze liegt aber noch niedriger in Länder wie Italien und Spanien. Das liegt daran, dass ihnen, unter anderem von Deutschland, Spardiktate aufgezwungen wurden, was die Zerrüttung der Gesundheitsversorgung noch schneller vorantrieb. In

Ländern die noch schlechter dastehen ist für viele Menschen mit unzureichender Wasserversorgung der „Hände waschen“-Slogan blanker Hohn.

Im Sozialismus ist Gesundheit ein Bedürfnis, dessen Schutz gesellschaftliche Aufgabe ist, und keine Ware mit der Profit gemacht werden kann. Da Gesundheit ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen ist, hat es auch einen ziemlich hohen Stellenwert und dementsprechend ist das Gesundheitssystem gut ausgebaut und mit mehr medizinisches Personal versorgt. Außerdem ist die Versorgung für jeden frei zugänglich. Zudem wären die Hygienestandards weltweit gesichert und nicht nur in einzelnen imperialistischen Zentren, die nur einen Teil der gesamten Weltbevölkerung ausmachen.

3. Maßnahmen

Die bisherigen Punkte bezogen sich größtenteils darauf, dass der Sozialismus im Allgemeinen besser vorbereitet ist auf eine Pandemie, sei es durch Forschung, aber vor allem durch das Gesundheitssystem.

Welche Maßnahmen können nun getroffen werden? Aktuell wird viel darüber diskutiert, wann die Maßnahmen (z.B Soziale Distanzierung) wieder gelockert werden und wieder zu einem „normalem Leben“ zurückgekehrt werden kann. Der Gedanke dahinter kümmert sich nicht in erster Linie darum den Menschen das Bedürfnis nach sozialen Kontakten wieder zu ermöglichen. Es geht darum, dass die Leute wieder arbeiten sollen um die wirtschaftlichen Folgen fürs Kapital möglichst gering zu halten - schon jetzt wird eine Schrumpfung der Wirtschaft erwartet. Wenn nun wegen der Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona in vielen Bereichen die Arbeit stillsteht, wird das die Wirtschaft stark treffen, die Folgen dessen werden letztendlich wieder besonders an der Arbeiter_Innenklasse ausgelassen.

Auch im Sozialismus müssen wir arbeiten und auch im Sozialismus ist es ein Problem, wenn manche Arbeiten eingestellt werden. Wie könnten wir also im Sozialismus handeln und was wären dabei Vorteile?

Tritt so ein Virus auf,

ist es wichtig schnell, auf Grundlage der wissenschaftlichen Kenntnisse und einheitlich zu handeln. Da eine Pandemie die ganze Welt betrifft, würde in einer Rätedemokratie hier der höchste Rat zunächst die wichtigsten Entscheidungen über Maßnahmen treffen. Wie bereits zu Beginn erklärt, werden diese Entscheidungen aber von den unteren Ebenen kontrolliert was verhindert, dass es zu Machtmissbrauch kommt, wie aktuell in einigen bürgerlichen Staaten.

Die soziale Distanzierung wäre dann wahrscheinlich auch dann ein gängiges Mittel neben besseren und mehr Masken. Während der Kapitalismus dabei bemüht ist möglichst viele Arbeitsfelder aufrecht zu erhalten um Profit zu machen, (siehe Italien, wo trotz starker Ausbreitung von Corona die Produktion lange aufrecht erhalten wurde, was letztendlich auch zu Streiks führte), ist es im Sozialismus viel leichter die Arbeit auf gesellschaftlich notwendige Arbeit zu reduzieren. Die Fabriken sind nicht auf Profit angewiesen. Das ist auch der Grund warum solche Maßnahmen über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden können, was wiederum die Bekämpfung des Virus stark erleichtert. Während im Kapitalismus abgewogen werden muss zwischen Rettung der Wirtschaft und Rettung von Menschenleben, kann sich im Sozialismus auf Letzteres fokussiert werden.

Die soziale

Distanzierung bis zur Quarantäne ist natürlich auch für Menschen einer sozialistischen Gesellschaft eine neue und eher unangenehme Situation. Sie wäre aber für den Großteil der Menschen deutlich angenehmer als in der heutigen Situation und vor allem deutlich gerechter. Wenn deine 1900 Quadratmeter Villa auf einem 22000 Quadratmeter großen Grundstück steht (Jeff Bezos, Amazonbesitzer Präsident von Amazon) lässt es sich schon etwas leichter aushalten, als wenn dir nur eine kleine Wohnung für deine ganze Familie zur Verfügung steht, oder gar keine. Es muss sich in der Zeit auch keine Gedanken darüber gemacht werden wie ich in der Zeit meine Miete bezahlen soll. Wohnen ist für alle eine Grundversorgung. Es gäbe genug Frauenhäuser zum Schutz

vor häuslicher Gewalt.

Ein weiterer Punkt betrifft die Bekämpfung des Virus. Die Corona-Pandemie wird erst vorbei sein, wenn entweder Herdenimmunität eintritt, das heißt ca. 70% der Menschen infiziert waren, oder ein Impfstoff entwickelt wurde.

4. Impfstoff

Wie bereits am Anfang erwähnt, hätte es im Sozialismus bereits mehr Forschung über Corona-Viren gegeben, sodass wir vermutlich einem Impfstoff näher stehen würden. *„Wäre uns das Geld nicht ausgegangen, dann hätten wir womöglich schon eine Impfung gegen Covid-19 in der Hand“* (Peter Hotez, Mediziner und Dekan des Baylor College of Medicine in Houston, Texas). Er meint damit eigentlich einen alten Sars-Virus, der aber dem jetzigen Sars-CoV-2 sehr ähnlich ist und deshalb wahrscheinlich auch aktuell genutzt werden könnte. Von vielen wird der Wettbewerb im Kapitalismus immer als Entwicklungsgarant angepriesen, so auch jetzt, wenn viele einzelne Unternehmen in Konkurrenz auf der Suche nach dem großen Deal mit ihrem Patent ihre Forschung nach einem Impfstoff beginnen. Wir sehen das eher als großes Hindernis. Im Sozialismus können sich ForscherInnen der ganzen Welt austauschen und ihr gesammeltes Wissen und Ressourcen nutzen um schnell einen Impfstoff zu entwickeln. Dabei geht es auch nicht darum schnellstmöglich „seine Nation“ von dem Virus zu befreien um gegenüber anderen Nationen gestärkt aus der Krise herauszukommen, sondern darum allen Menschen auf der Welt schnellstmöglich einen Impfstoff kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassen lässt sich der Inhalt des ganzen Artikels eigentlich gut in wenigen Worten: „Gesundheit für Alle, anstatt Profite für Wenige!“. Von da aus konsequent weitergedacht, wird klar, dass wir dafür unser kapitalistisches System überwinden müssen. Wie wir uns uns den „road to revolution“ vorstellen könnt ihr in unserem Programm nachlesen.

*In unseren Augen ist China nicht sozialistisch, sondern ein imperialistisches Land.

Wie international Rechte die Pandemie ausnutzen

Flo Schwerdtfeger

Die

ganze Welt ist gezwungen gegenüber dem Corona-Virus zu handeln. Und während das schon mit Einschränkungen in allen Lebensbereichen und der Grundrechte geschieht, schaffen es trotzdem noch konservative und rechte Parteien, einen drauf zu setzen. Dabei entsteht oft eine Suppe aus Kleinreden mit der starken Forderung nach schneller Öffnung im Interesse der Wirtschaft auf der einen Seite und dem autoritären Umbau des Staates auf der anderen Seite, alles garniert mit ordentlich Rassismus. In diesem Artikel wollen wir uns mit einigen Beispielen und den Hintergründen auseinandersetzen.

Wer

zuletzt kommt, den bestraft der Weltmarkt

Die meisten Länder, deren Politiker_Innen das Virus zuerst verleugneten und immer noch klein reden, haben konservative bis offen rechte Regierungen. Prominent sind hierbei Brasilien, USA und GB.

Entweder man erkannte die reelle Gefahr nicht an oder setzte, entgegen den Ratschlägen der Wissenschaft und dem Widerstand der Bevölkerung, auf das System der schnellen Herdenimmunität. Dabei will man das Virus dadurch überwinden, indem man im Grunde gar nichts macht und möglichst schnell ein Großteil der Menschen durch eine vorige Ansteckung und anschließender Genesung immun werden. Ungeachtet der Tödlichkeit des Virus' wird eine Überlastung des Gesundheitssystem in Kauf genommen, was man durch das Versprechen legitimiert, dass es so schlimm schon nicht werden wird. So reagierten England und die USA erst lange, nachdem die meisten

europäischen Staaten die Ausgangsbeschränkungen einführten. Auch durch dieses Zögern sind die USA zum neuen Zentrum der Pandemie geworden, während man sich nach wie vor mit Schuldzuweisungen gegen China behängt und den Handelskrieg weiter führt.

In anderen Ländern, in denen man davon ausgeht, dass bereits das Maximum der Ansteckungen erreicht wurde und sich die Kurve wieder abflacht (wie z.B. in Deutschland), fordern Rechte sowohl aus AfD als auch CDU/CSU eine schnelle Lockerung der Maßnahmen. Dies tun sie aber nicht aus ihrer Liebe zu den Grundrechten oder zu den Menschen. Der Grund dafür ist vielmehr in ihrer sozialen Basis zu suchen. Flach gesagt, vertreten die AfD und rechtere Teile der Union die Interessen einer Fraktion des deutschen Kapitals aus kleineren binnenmarktorientierten Kapitalist_Innen. Diese (z.B. kleinere Gastronomie oder Tourismusunternehmen) sind aber noch oft noch unmittelbarer von der Krise betroffen als das Großkapital und werden die Maßnahmen nicht so lange durchhalten können. Deswegen muss alles getan werden, dass sie dabei nicht hinten herunterfallen und wenn man dem durch Lügen, Kleinrederei und Lobbypolitik die Gesundheit und Leben unzähliger Menschen opfert.

Autoritärer Rückschlag im weltweiten Ausmaß

In

Deutschland sind die Grundrechtseinschränkungen massiv und es ist nicht unwahrscheinlich, dass einige nicht zurückgenommen werden. Doch auch die Liste der Maßnahmen und Methoden, die andere Länder ergreifen, liest sich wie How-To's für Autokratien und Demokratieverächter. Werfen wir also den Blick in Länder, in denen die Angriffe besonders heftig sind.

Das beste Beispiel dafür sind die Notstandsgesetze, welche in Ungarn durch die regierende Partei Fidesz eingeführt wurden. Diese ermöglichen dem Premierminister Viktor Orban per Dekret zu regieren und somit alle Entscheidungen alleine treffen zu können. Die Regierung versucht zwar immer wieder, zu beschwichtigen und beruft sich darauf, dass dieser Umstand endet, sobald auch die Notsituation endet, Kritiker_Innen sehen

darin aber den Höhepunkt einer Entwicklung in dem schon seit Jahren autoritärer werdenden Staat, der nun de Facto zur Autokratie geworden ist. Dazu ist es ein heftiger Angriff auf die Arbeiter_Innenklasse, dass die Regierung 140 der größten und wichtigsten ungarischen Unternehmen unter Militärkontrolle gestellt hat und das Militär auch im öffentlichen Raum eingesetzt wird, um für Ruhe zu sorgen. Die Militärkontrolle soll so offiziell darauf achten, dass eine „reibungslöse“ Produktion sichergestellt werden kann.

Auch die Philippinen setzen auf das Militär und die Polizei im Umgang mit Coronavirus, nur noch härter. Menschen, die dort gegen die Ausgangssperre verstoßen, riskieren, noch auf der Straße erschossen zu werden. Der Präsident Duterte gab öffentlich diese Anweisung. Die sich damit ergebende Situation ist besonders gefährlich für Menschen, die schon vor der Krise unter prekären Verhältnissen lebten oder z.B. im informellen Sektor arbeiten. Für sie gab es nie die Option des Homeoffice' oder von Ersparnissen zu erleben. Durch die Ausgangssperre werden sie auch endgültig ihrer Einkommensgrundlage beraubt und müssen täglich ihr Leben riskieren, entweder zu verhungern oder auf der Straße erschossen werden.

Wie bereits erwähnt, hat der brasilianische Präsident Bolsonaro das Corona-Virus lange kleingeredet („es ist nur eine kleine Grippe“), sodass die bewaffnete Autorität nun von anderen ausgeübt wird. Was wie ein schlechter Witz klingt, ist die bittere Realität: Da die Regierung nicht frühzeitig Maßnahmen ergriff, handelten die Gangs und Drogenkartelle zuerst und verhängten unter Androhung drakonischer Strafen eigenmächtig Ausgangssperren in den Favelas. Diese sind durch die fehlende Versorgungsinfrastruktur, die beengte Bebauung und hohe Einwohner_Innendichte besonders gefährdet. Bereits jetzt sind die Krankenhäusern in den Ballungsräumen an ihren Grenzen und es werden Stadien zu Notlazaretten umgebaut.

Eine andere Gefahr in den meisten Ländern wie auch Deutschland ist Terrorismus von Rechtsradikalen. Diese sehen in der derzeitigen Notstandssituation die Chance, die angespannte Situation durch gezielte Anschläge auf wichtige Infrastrukturen weiter zuzuspitzen. Ziel ist es, den

Staat soweit in Unruhe zu versetzen und zu schwächen, bis man endgültig einen Bürgerkrieg anzetteln kann. Vor der Gefahr des rechten Terrorismus wird schon seit Jahren gewarnt, besonders im Zusammenhang mit Netzwerken, auch ins Militär, Polizei und Parteien. Zwar erkennt der Verfassungsschutz diese nun als größte Gefahr an, doch die Verstrickungen der vergangenen Vorfälle lassen nur zu sehr vermuten, dass der Staat weiter auf dem rechten Auge blind bleibt.

Leider nichts neues

Alle

diese Beispiele sind nicht bloß den gegenwärtigen Umständen geschuldet, sondern sind schon jahrelang die Auswüchse des Rechtsrucks, der auf der ganzen Welt stattfindet. Ungarn und Polen verfolgen schon seit Jahren einen immer autoritärer werdenden Kurs und diskriminieren systematisch LGBT*-Menschen. Brasilien und die Philippinen gehen mit aller Härte gegen linke Aktivist_Innen, Minderheiten und ärmere Bevölkerungsschichten vor, z.B. im Falle des „Drogenkrieges“. Die EU denkt nicht mal dran, die schreckliche Lage in den Flüchtlingslagern in Griechenland und der Türkei zu beheben und überlasst den Menschen dort lieber ihrem Schicksal, als sie aufzunehmen und zu versorgen. Eine Regierung nach der anderen fällt an nationalkonservative und offen rechte Parteien.

Diese

Entwicklung wird bedingt durch die weltwirtschaftliche Zuspitzung seit der Wirtschaftskrise 2008 und die daraus folgende Forderung der nationalen Kapitalist_Innenklassen nach aggressiverer Politik, um die eigene Stellung abzusichern. Die darauffolgenden Sparmaßnahmen wurden oft von liberalen oder gar sozialdemokratischen Parteien durchgesetzt und sorgen dafür, dass sich die Lebenslage der Bevölkerung deutlich verschlechtert. Das ist der Nährboden des Rechtsrucks, der sich seit Jahren durch jedes Land zieht. Gerade jetzt zeigt sich die verhängnisvolle Auswirkung der Sparpolitik. Spanien und Italien, die am schwersten getroffenen Länder in Europa, mussten auch im

Gesundheitssystem Kürzungen durchführen, wodurch jetzt Betten und Personal fehlen, um angemessen auf die Pandemie zu reagieren. In Deutschland äußerte sich das z.B. auch in den Kürzungen und Privatisierungen des Bildungssystems.

Wenn

du dich für eine genauere Analyse des Rechtsrucks interessierst, schau dir

den Artikel „Internationaler

Rechtsruck – seine Grundlagen verstehen, um ihn zu bekämpfen!“

an:

<http://onesolutionrevolution.de/internationaler-rechtsruck-seine-grundlagen-verstehen-um-ihn-zu-bekaempfen-2/>

Wie müssen wir reagieren?

Es könnte gut sein, dass die Rechten mit der kommenden Wirtschaftskrise noch mehr Futter bekommen, doch es ist noch nicht festgelegt, dass sich der Rechtsruck auch verschärft, denn wir haben da noch ein Wörtchen mitzureden! Wir brauchen eine linke Bewegung, die sowohl gegen die Rechten als auch gegen die Sparmaßnahmen und Grundrechtseinschränkungen Widerstand leistet. Damit der Kampf effektiv ist, müsste diese das kapitalistische System an sich bekämpfen und international sein, denn sowohl Rechtsruck als auch der Kapitalismus sind ebenso international. Der Burgfrieden mit dem Kapital (ob nun in Form von Konzernen, Regierungsparteien oder Rechten), an dem Gewerkschaften und Linke festhalten, muss gebrochen werden und folgende Forderungen laut gemacht werden:

Nazis stoppen!

-

Faschoaufmärsche verhindern – massenhaft und militant!

-

Nazis morden, der Staat schaut zu: Antirassistischen Selbstschutz organisieren statt auf die Bullen verlassen!

Gesundheit vor Profite!

-

Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle - von Tests bis zur Unterbringung in Krankenhäusern und Intensivmedizin. 500 Euro/Monat mehr für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen!

#stayathome

-

Keine Wiederöffnung der Unternehmen ohne Schutz- und Hygieneplan unter Kontrolle der Beschäftigten!

-

Wir zahlen nicht für die Krise!

-

Gegen alle Entlassungen! 100 % Lohnfortzahlung für alle, die in Kurzarbeit sind! Keine Aushebelung von Arbeitszeitbeschränkungen und Arbeitsrecht!

-

Keine Milliarden-Geschenke für die Konzerne - massive Besteuerung von Vermögen und Gewinnen! Entschädigungslose Enteignung der Banken und des Großkapitals unter Kontrolle der Beschäftigten!

Keine Rendite mit der Miete!

-

Für das Aussetzen aller Miet- und Kreditzahlungen für die arbeitende Bevölkerung! Enteignung der großen Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia und Co. Nutzung von Leerstand, um die Räume Bedürftigen wie Geflüchteten und Obdachlosen zur Verfügung zu stellen!

#leavenonebehind

-

Abschaffung von Lagersystemen und rassistischen Asylgesetzen: Offene Grenzen und StaatsbürgerInnenrechte für alle!

Moria Interviews - TEIL 2 / 2: „Es war, als ob sie gar nicht existierten“

Interview mit Karl, der als freiwilliger Helfer auf der griechischen Insel Lesbos von Faschist_innen angegriffen wurde

Die Meldungen über die Corona-Pandemie überschlugen sich, während sich kaum jemand mehr für die schreckliche Situation an den europäischen Außengrenzen interessiert. Auf den griechischen Inseln dicht vor der Türkei bekommen die dort internierten Geflüchteten die Brutalität der Festung Europa besonders zu spüren. Insbesondere auf der medial bekanntgewordenen Hotspot-Insel Lesbos konnten sich im Windschatten einer rechten Regierung, die von der EU die nötigen Mittel für ihren grausamen Job als europäischer Türsteher bereitgestellt bekommt, faschistische Strukturen etablieren.

Wir haben mit dem Opfer eines faschistischen Angriffes gesprochen und ihm einige Fragen gestellt, um uns ein genaueres Bild von der Situation zu verschaffen. Unser Interviewpartner heißt Karl (Name von der Redaktion geändert), ist norwegischer Staatsbürger und arbeitet als freiwilliger Helfer und Fotograf auf der Insel.

Revo: Hey Karl, schön, dass du Zeit gefunden hast, um mit uns zu sprechen. Vielleicht kannst du uns erst einmal kurz berichten, wie es

zu dem Angriff kam?

Karl: Der Angriff fand an einem späten Sonntagabend statt. Es war bereits dunkel. Ich war in Moria (Anmerkung der Redaktion: größtes Geflüchteten-camp auf den griechischen Inseln mit über 20 000 Bewohner_innen), um dort eine Fotoserie zu machen. Als ich im Camp hörte, dass alle Zufahrtsstraßen nach Moria von Faschist_innen blockiert wurden, sprang ich mit 4 Freund_innen mit Fluchthintergrund ins Auto, um schnell weg in die 8km entfernte Stadt Mytilini zu gelangen. Wir nahmen eine weniger befahrene Seitenstraße und hofften so unbemerkt fortzukommen zu können. Doch nahe einer Tankstelle stellten sich uns ca. 100 schwarzgekleidete und maskierte Menschen in den Weg und sprangen vor mein Auto.

Revo: Und dann haben sie euch angegriffen?

Karl: Genau. Es ging alles ziemlich schnell und kam mir vor wie in einem Film. Wenn ich mich zurückerinnere, höre ich vor allem die Geräusche in meinen Ohren: das Klirren zerschlagener Autoscheiben und laute Schreie. Die Faschist_innen öffneten die Türen meines Autos, zogen uns heraus und drückten uns auf die Erde, begleitet von Tritten in die Seite. Während sie mich festhielten, nahmen sie mir meine Kamera ab und zerstachen einen Reifen meines Autos. Aufgrund der Maskierungen konnte ich keine Gesichter sehen aber ich erkannte, dass es sich um Frauen und Männer, alte und junge Menschen handelte. Mit der Kamera hatten sie vermutlich, was sie wollten, und ließen mich dann mit meinem kaputten Auto auf 3 Reifen mit einem lautstarken Schleifgeräusch von Metall auf Straße weiterfahren.

Revo: Und was passierte mit deinen Freund_innen?

Karl: Das konnte ich erst im

Nachhinein herausfinden, da wir während des Angriffes sofort getrennt wurden. Es hat mich total fertig gemacht, nicht zu wissen, wie es ihnen geht und ich hatte sogar Angst, dass sie nicht mehr lebten. Ich habe sie dann später in Moria und einem anderen Camp wiedergetroffen und glücklicherweise konnten alle fliehen, sodass ihnen nichts Schwerwiegendes passiert ist. Einige hatten trotzdem Wunden von den Schlägen und Tritten der Faschist_innen und auch ihnen wurden die Handys gestohlen.

Revo: Bist du dann zur Polizei gegangen?

Karl: Ja aus versicherungstechnischen Gründen musste ich das tun. Ganze 6 Mal war ich auf der Polizeistation. Am Ende erhielt ich einen ziemlich ausführlichen Bericht vom ganzen Tathergang. Allerdings fehlte etwas ganz Entscheidendes: Meine nicht-europäischen Freund_innen wurden mit keiner Silbe erwähnt. Und das, obwohl ich der Polizei detaillierte Auskünfte über Namen und Ausweisnummern meiner Mitfahrer_innen gab. Es war, als ob sie gar nicht existierten.

Revo: Hat dich das überrascht?

Karl: Nein eigentlich nicht. Einige der Beamten schauten mich jedes Mal so an, als ob ich gerade 10 Menschen auf einmal getötet hätte. Sie scheinen alle zu hassen, die irgendetwas mit Geflüchteten oder NGOs zu tun haben. Ein Freund von mir, der ebenfalls von Faschist_innen angegriffen wurde, hat mir erzählt, dass er beobachten konnte, wie ein Polizeibeamter der ganzen Situation genüsslich zugeschaut hat.

Revo: Du hast also schon von mehreren solcher Angriffe gehört?

Karl: Ja, das ist mittlerweile zum Alltag auf der Insel geworden. Das öffentliche Leben für die Geflüchteten ist dadurch stark eingeschränkt und die Arbeit von

NGOs und Freiwilligen quasi unmöglich. Viele NGOs haben ihre Mitarbeiter_innen bereits von der Insel abgezogen, was die Situation in den Camps noch unerträglicher macht. Noch am selben Abend wurden viele weitere Autos zerstört. Vor einigen Tagen sind Faschist_innen sogar ins Camp Moria eingedrungen, um dort Leute anzugreifen.

Revo: Hast du davon gehört, dass auch Neonazis aus Deutschland, von der sogenannten „Identitären Bewegung“ auf der Insel waren, um die lokalen Faschist_innen zu unterstützen?

Karl: Ja das ging hier durch alle WhatsAppgruppen, somit hatten wir Fotos von den Leuten. Die waren allerdings nicht lange hier und haben ziemlich schnell von Antifaschist_innen eins auf den Deckel bekommen. Als ich das zweite Mal auf der Polizeistation war, habe ich sie sogar dort gesehen, durch die Fotos wusste ich ja wie sie aussehen.

Revo: Mit dem Bild von weinenden Faschos finden wir noch einen positiven Abschluss für dieses ansonsten ziemlich traurige und schockierende Interview. Es scheint doch noch Widerstand von lokalen Antifaschist_innen, Internationals und vor allem von Geflüchteten zu geben, die sich gegen die faschistischen Angriffe organisieren und zu Wehr setzen. Wir wünschen ihnen viel Kraft und Erfolg in ihrem antifaschistischen Kampf. Dir Karl vielen Dank für das Interview und bleib gesund!

Moria Interviews - TEIL 1 / 2:

„Moria ist auch ohne Pandemie eine Hölle“

Ein Interview mit Ahmad über Corona, Faschist_Innen und das Leben am Rande der Festung Europa

Während zehntausende ausländische Erntehelfer_Innen eingeflogen werden, um den deutschen Spargel zu retten, forderte das Bundesinnenministerium nun die Einstellung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer, um nicht noch mehr vermeintliche „Corona-Infizierte“ nach Europa zu lassen. Die vielbeschworene Solidarität der Bundesregierung scheint vor allem der deutschen Industrie- und Agrarwirtschaft zu gelten. Verschwindend klein wirkt vor diesem Hintergrund auch das Symbol, dass lediglich 50 geflüchtete Kinder aus den Lagern in der Ägäis von Deutschland aufgenommen werden sollen, während über 10 000 Minderjährige dort weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Ahmad (Name von der Redaktion geändert) ist selbst aus dem Irak geflüchtet und lebt bereits seit über 2 Jahren auf der Insel Lesbos. Wir sprachen mit ihm, um mehr über die dortigen Lebensbedingungen und den Umgang mit dem Coronavirus zu erfahren.

REVO: Hallo Ahmad, wie sind die Camps auf eine Ausbreitung des Coronavirus vorbereitet?

Ahmad: Sehr schlecht, eigentlich gar nicht. Das Leben im größten Camp „Moria“ ist auch ohne Pandemie eine Hölle. Immer wieder begehen Menschen Selbstmord, da die Lebensbedingungen dort einfach unerträglich sind. Für einige tausend Menschen gibt es einen einzigen Wasserhahn, von Seife ganz zu schweigen. Teilweise fällt die Wasserversorgung sogar komplett aus. Es können also nicht einmal einfache hygienische Schutzmaßnahmen beachtet werden. Das größte Ansteckungsrisiko existiert wahrscheinlich in der Essensschlange, wo tausende Menschen jeden Tag dichtgedrängt stehen und stundenlang gezwungen sind zu warten, wenn sie etwas zu essen bekommen wollen. Mittlerweile gibt es auch kaum noch

Ärzt_Innen im Camp, da viele NGOs ihre Mitarbeiter_innen von der Insel abgezogen haben, nachdem diese immer wieder von Faschist_innen bedroht und angegriffen wurden. Aus der Not heraus haben Geflüchtete selber die Situation in die Hand genommen und selbstorganisierte Corona-Awareness-Strukturen gebildet. Sie versuchen Informationen über das Virus weiterzugeben und klären andere Bewohner_innen auf, dass sich zum Beispiel nicht mehr die Hand geben oder sich nach Möglichkeit nicht ins Gesicht fassen sollten.

REVO: In fast allen Ländern

Europas wurden mittlerweile Maßnahmen verhängen, um eine Ausbreitung der Pandemie einzudämmern bzw. zu verlangsamen. Wie sieht das auf Lesbos aus?

Ahmad: Für uns ist die Situation eigentlich nur noch schlimmer geworden. „Moria“ wurde komplett von der Polizei abgeriegelt. Kaum jemand darf nun noch das Camp verlassen. Nur für dringende Arzttermine oder in Notfällen dürfen Leute raus. Das heißt auch, dass keine_R der Bewohner_innen mehr Zugang zu Geld hat, da sich die einzigen Bankautomaten in der ca. 8 km entfernten Stadt Mytilini befinden. Die Bearbeitung der Asylanträge wurde nun vollständig eingestellt. Auch außerhalb des Camps gilt eine Ausgangssperre. Wer das Haus verlassen will, muss eine SMS an die Polizei schicken und den Grund angeben. Gerät man ohne Bestätigungs-SMS der Polizei in eine Straßenkontrolle, muss man hohe Strafen zahlen.

REVO: Gibt es denn schon

Corona-Infektionen auf der Insel?

Ahmad: Ja ich habe von 3 bestätigten Fällen gehört. Einer davon hat es bereits überstanden. Es handelt sich jedoch bei allen 3 Fällen, um Griech_Innen und niemand von ihnen arbeitete in irgendeinem Camp. Im Gegensatz dazu verbreiten die Faschist_Innen Geschichten und Lügen, dass wir Geflüchteten und freiwillige Helfer_Innen das Virus verbreiten würden.

REVO: In den letzten Wochen und Monaten haben sich immer

stärkere faschistische Strukturen auf der Insel aufgebaut. Es kam zu Angriffen auf Geflüchtete und NGO-Mitarbeiter_Innen und auch aus der Türkei ankommende Schlauchboote wurden beim Anlegen behindert. Hat sich das seit Corona verändert?

Ahmad: Sie greifen immer noch vereinzelt an, patrouillieren im Hafen oder sind vor einer Woche auch ins Camp eingedrungen und haben Menschen attackiert.

REVO: Was denkst du über die kommenden Wochen und Monate? Siehst du irgendwelche Potentiale, dass sich etwas zum Besseren wenden könnte?

Ich bin sehr pessimistisch. Klar, ich hoffe, dass sich etwas ändert aber ich glaube es eigentlich nicht. Unsere ohnehin unklare Zukunft wird mit jedem Tag noch unklarer. Bereits am Morgen wache ich mit einem Angstgefühl auf, das sich im Verlauf des Tages dann in Stress, Wut und Verzweiflung verwandelt. Vor ein paar Tagen sind einige Leute aus Moria in den Hungerstreik getreten. Als Gefangene in dem extra auf dem Campgelände erbauten Gefängnis war der Hungerstreik ihre letzte Möglichkeit gegen diese Lebensbedingungen zu protestieren. Nach drei Tagen wurden sie jedoch durch den Einsatz massiver Polizeigewalt zum Essen gezwungen. Die Situation ist schrecklich und was wir jetzt brauchen, ist die sofortige Evakuierung aller Camps auf den griechischen Inseln und die Erlaubnis für eine Weiterreise auf das europäische Festland!

Dieses Interview wurde durch einen Genossen von uns geführt, jedoch zuvor in gekürzter Form in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 16.04.2020 veröffentlicht.

Siehe:

<https://www.jungewelt.de/artikel/376511.sorge-vor-coronavirus-schon-vor-der-pandemie-eine-h%C3%B6lle.html?sstr=Moria%7Cpandemie%7Ch%C3%B6lle>